



LPK

Abgeordnetenhaus BERLIN



**TIROLER
LANDTAG**

**Konferenz der Präsidentinnen und Präsidenten
der deutschen und österreichischen Landesparlamente
und des Südtiroler Landtages sowie des Deutschen Bundestages
und des deutschen und österreichischen Bundesrates
unter Beteiligung des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens**

„Stärkung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit der Regionen Europas“

Erklärung der Präsidentinnen und Präsidenten der deutschen und österreichischen Landesparlamente und des Südtiroler Landtags unter Beteiligung des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens anlässlich der Europa-Konferenz am 21. Januar 2024 in Brüssel

Angesichts der Erfahrungen aus der Corona-Pandemie, samt der vorübergehenden Wiedereinführung von Grenzkontrollen, sowie verschiedener Krisensituationen sprechen sich die Präsidentinnen und Präsidenten dafür aus, Grenzräume in der EU für die Vertiefung der europäischen Integration und Stärkung der Krisenresilienz intensiver zu nutzen.

Ebenso sprechen sich die Präsidentinnen und Präsidenten dafür aus, die Vertiefung der europäischen Integration und Resilienz auch durch interregionale, grenzübergreifende Zusammenarbeit und Vernetzung der Regionen weiter voranzubringen, die keine gemeinsame Grenze teilen.

Zur Stärkung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit der Regionen sollen folgende Überlegungen berücksichtigt werden:

- 1 Grenzregionen sind sprachliche, kulturelle und wirtschaftliche Kontaktbereiche, in denen auch nationale Rechtsräume aneinander treffen. Grenzüberschreitende Zusammenarbeit hat eine übergeordnete Bedeutung; als Ziel hat sie in vielen Ländern Verfassungsrang. Sie trägt zu unbürokratischen Lösungen und faktischen Synergien bei, ersetzt aber nicht den Bedarf für abgestimmte und kompatible Rechtsregelungen und systematische Folgenabschätzung.
- 2 Die europäischen Grenzregionen haben sich zunehmend zu gemeinsamen Lebensräumen und grenzüberschreitenden Verflechtungsbereichen für die Bürgerinnen und Bürger entwickelt. Regionale Kohäsion in den europäischen Grenzregionen ist eine politische Aufgabe mit dem Ziel, gleichwertige Lebensverhältnisse zu schaffen; sie betrifft im Sinne der Mehrebenen-Governance alle Bereiche von der Landespolitik über die Bundespolitik bis hin zur europäischen Politik. Durch die gemeinsame Verständigung bei grenzüberschreitenden Angelegenheiten werden die Grundwerte Europas gelebt; sie ist darüber hinaus zentrales Element freiheitlicher, demokratischer Willens- und Meinungsbildung in Europa.
- 3 Die Präsidentinnen und Präsidenten verweisen darauf, dass die Landesparlamente vielfältige, enge grenzüberschreitende Kontakte haben und gutnachbarschaftliche, vertrauensvolle Beziehungen pflegen. Hierdurch lassen sich im Bedarfsfall grenzüberschreitende Unterstützung und gemeinsames Handeln frühzeitiger und besser koordinieren; Lösungen können konsensual abgestimmt werden.

Das konkrete gemeinsame Handeln ist ein „Europa im Kleinen“ und ein bedeutender Beitrag zum „Großen und Ganzen“.

- 4 Grenzüberschreitende Kontakte und Partnerschaften zwischen Parlamenten haben eine aktive gestaltende Rolle. Sie fördern die horizontale und vertikale Vernetzung. Sowohl die zahlreichen langfristig etablierten Formate interparlamentarischer Konferenzen und Beratungen als auch die anlassbezogenen Treffen stärken die Gestaltungsmöglichkeiten der Landesparlamente. Aus den seit langem erworbenen praktischen Erfahrungen parlamentarischer Zusammenarbeit wurden konkrete Lösungen generiert und gemeinsame Initiativen angeschoben. Sie sind ein wichtiger Beitrag zur Stärkung der territorialen Solidarität in der EU. Wegweisende Erfahrungen aus unterschiedlich strukturierten Kooperationsverbänden und informelle Foren der Zusammenarbeit, die sich insbesondere Fragen zur Rechtskompatibilität und Arbeitskräftemobilität, der Pflege der gemeinsamen kulturellen und politischen Identitäten, dem Mehrebenendialog, grenzüberschreitenden parlamentarischen Fragerechten als auch den Belangen nationaler Minderheiten und der Völkerverständigung widmen, schaffen ein gemeinsames Bewusstsein und eine gemeinsame Sichtweise auf mögliche europäische Lösungswege.
- 5 Regionale Diversität ist wesentlicher Bestandteil gelebter europäischer Vielfalt. Auch die Praktiken der gemeinsamen parlamentarischen Meinungs- und Willensbildung entsprechen den jeweiligen regionalen Voraussetzungen. Ein breiter Erfahrungsaustausch auf Ebene der Landesparlamente über die Europäische Territoriale Zusammenarbeit (ETZ) sollte auch mit Blick auf neue strukturelle Instrumente fortgeführt werden, wie z.B. die systematische Folgenabschätzung (Grenzraum-Check), rechtliche Abweichungsmöglichkeiten und Experimentierklauseln sowie gebündelte Ausnahmetatbestände bei komplexen Projektvorhaben.
- 6 Der Vorsitz der deutschen und österreichischen Konferenz der Landtagspräsidentinnen und -präsidenten übermittelt diese Erklärung an
 - die Präsidentin des Europäischen Parlaments, Frau Roberta Metsola,
 - den Präsidenten des Europäischen Rates, Herrn Charles Michel,
 - die Präsidentin der Europäischen Kommission, Frau Dr. Ursula von der Leyen,
 - den Präsidenten des Ausschusses der Regionen (AdR), Herrn Vasco Alves Cordeiro,
 - den Präsidenten des Kongresses der Gemeinden und Regionen des Europarates, Herrn Marc Cools,
 - den Präsidenten der Konferenz der regionalen gesetzgebenden Versammlungen in der Europäischen Union (CALRE), Herrn José Manuel Rodrigues,
 - die Arbeitsgemeinschaft Europäischer Grenzregionen (AGEG), Herrn Karl-Heinz Lambertz,
 - die nationalen und regionalen Regierungen und die nationalen Parlamente in Deutschland und Österreich,
 - die Südtiroler Landesregierung und die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens.